

Gelähmtes Land, gespaltene Medien

Bangladesch: Behörden verbieten Blogs

Bernhard Hertlein

Demokratie braucht freie Presse. Das gilt umso mehr, wenn es – wie derzeit in Bangladesch – praktisch keine parlamentarische Opposition gibt. Die Wahlen am 5. Januar 2014 sind von der vorher größten Oppositionspartei *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) boykottiert worden. Die fundamentalistische *Jamaat-e-Islami* durfte aufgrund eines höchstrichterlichen Beschlusses nicht teilnehmen. So ist es kein Wunder, dass die *Awami League* einen grandiosen Sieg einfuhr. Doch hat sich seitdem die Tendenz der Regierung unter Premierministerin Scheich Hasina Wajed verstärkt, jede, auch die kleinste, Kritik als Angriff auf den Staat zu verstehen. Im Visier neuer Gesetze und Verordnungen sind dabei neben den Nichtregierungsorganisationen vor allem die Journalisten.

Es begann bereits im August 2013 mit einer Reform des *Information and Communication Act* (ICT). Danach muss jeder, der Material veröffentlicht, das geeignet ist, Recht und Ordnung zu gefährden, das Bild des Staates zu beschädigen oder religiöse Gefühle zu verletzen, mit Gefängnis zwischen sieben und 14 Jahren bestraft werden. Aufgrund dieses Gesetzes sind bereits einige Journalisten, Blogger und Menschenrechtsverteidiger verhaftet worden.

Als ob das noch nicht genügte, um den kritischen Journalismus zu behindern, plant die Regierung nun speziell die elektronischen Medien zusätzlich durch eine *National Broadcasting Policy* stärker an die Kandare zu nehmen. So soll nach dem vorliegenden Entwurf jegliche elektronische Berichterstattung über militärische, zivile und öffentliche Belange, die die Sicherheit des Staates gefährden könnte, verboten werden. Untersagt werden soll weiter jede herabsetzende Berichterstattung über die Streitkräfte, andere Sicherheitsorgane und Mitglieder der Regierung, die befugt sind, Verbrechen zu verfolgen. Tabu soll außerdem alles sein, was die freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern gefährden könnte. Da

auch „Vorfälle, die das öffentliche Interesse betreffend könnten“, von der Berichterstattung ausgeschlossen werden können, fragt man sich, was künftig überhaupt noch über die Vielzahl der Fernsehsender und eigentlich sehr dynamischen Medien gehen darf.

Gespaltenes Land

Diesen massiven Einschränkungen der Pressefreiheit vorausgegangen ist das Jahr 2013, in dem das sogenannte *International War Crimes Tribunal* die Spaltung des Landes sichtbar werden ließ. Die Mehrheit der Bevölkerung stand sicher hinter den Verfahren, in denen mehrere Kriegsverbrecher von 1971 vierzig Jahre nach den willkürlichen Erschießungen und Massenvergewaltigungen während des Befreiungskrieges endlich zur Rechenschaft gezogen wurden. Gleichwohl gab es auch Kritik an der Verfahrensführung und der Todesstrafe. Diese wurde jedoch massiv behindert und die wenigen Autoren, die ihre Stimme erhoben, heftig angefeindet.

Während die *Jamaat* und andere Islamisten für die Kriegsverbrecher auf die Straßen gingen und teilweise extrem gewaltsam protestierten, for-

mierte sich auf der anderen Seite mit Hilfe der sozialen Medien die nach einem Platz in der Hauptstadt benannte Shabhag-Bewegung, der vor allem jugendliche Aktivisten angehörten. Sie forderten die Höchststrafe für die Angeklagten, in Bangladesch also die Todesstrafe. Die Medien stellten sich konsequent auf die eine oder andere Seite. Selbst das traditionelle Flaggschiff der unabhängigen englischsprachigen Presse, der in Dhaka erscheinende *The Daily Star*, ließ es über weite Strecken an Objektivität und Neutralität fehlen.

Nun ist fast weltweit so, dass sich Presseerzeugnisse unter dem Druck anderer Medien und zuletzt des Internet von der rein sachlichen Berichterstattung entfernen. Auflage macht, wer einen Skandal aufdeckt – nicht derjenige, der mit größter Zurückhaltung über Ereignisse und Entwicklungen berichtet. Davon bleibt auch Südasien nicht verschont, auch wenn die Auflagen vieler Zeitungen dort in jüngster Zeit noch gestiegen sind. Inzwischen ist das Internet in Bangladesch so weit verbreitet, dass die Veröffentlichungen der Blogger Auswirkungen auf die reale Welt haben. Spätestens jetzt kamen auch Zeitungen nicht umhin, die Konkurrenz zur Kenntnis zu

nehmen. Und Bangladesch hat eine extrem aktive Bloggerszene.

Islamisten immer stärker

Es heißt, das größte Opfer eines Kriegs sei die Wahrheit. Das gilt auch für eine derart heftige innere Auseinandersetzung, wie sie Bangladesch in den letzten zwei Jahren erfährt. Einer von denen, die zuerst erklärten, es herrsche jetzt Krieg, war Asif Saleh. Der langjährige Direktor des von Migranten außerhalb Bangladeschs gegründeten Menschenrechtsblogs *Drishtipat* erklärte unter anderem auf Facebook, es gebe jetzt nur noch Schwarz oder Weiß, Für oder Gegen. Schon wer die Todesstrafe gegen die angeklagten Kriegsverbrecher aus grundsätzlicher Sicht ablehnte, wurde nicht mehr zu den „Freunden“ gerechnet.

Polarisierende Medien

Die Medien schlossen sich an. Die einen berichteten nach dem Aufmarsch von Tausenden Islamisten ausschließlich über Gewaltakte, brennende Autos, geplünderte und zerstörte Geschäfte sowie tote oder verletzte Polizisten und Zivilisten. Sie erwähnten aber die gewaltsame Räumung durch die Polizei in der Nacht zum 6. Mai 2013 und die Verhaftung vieler nur am Rande. Die anderen machten eben jene zum Hauptthema und fälschten, um sie noch schlimmer erscheinen zu lassen, sogar Zeugenaussagen, Zahlen und Fotos.

Blogger bangen um ihr Leben

Nun waren Journalisten gerade in dieser Phase auch besonderen Repressalien und Druck ausgesetzt. Immer wieder wurden sie angegriffen, geschlagen, ihre Fahrzeuge und Kameras zerstört. Besonders schlimm erging es weiblichen Journalisten, die von Anhängern der islamistischen *Hefazat-e-Islami* verfolgt, verhöhnt und geschlagen wurden. Mitte Januar 2013 war der damals 29-jährige Blogger Asif Mohiuddin vor seinem Büro angegriffen und

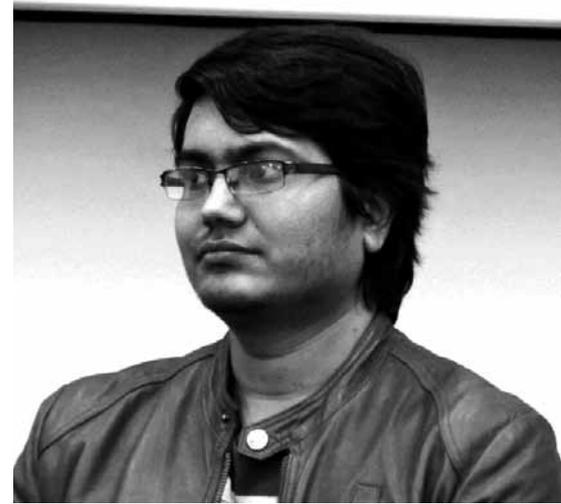
Asif Mohiuddin, bedrohter Blogger

Bild: Bernhard Hertlein

durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt worden. Sein Blog, in dem er sich unter anderem kritisch über den Islam äußert, gehört zu den meistgelesenen in Bangladesch. Einen Monat später töteten Islamisten auf die gleiche Weise den 26-jährigen Blogger und Islam-Kritiker Ahmed Rajib Haider vor seinem Haus in Dhaka. Als Islamisten eine Liste von 84 „selbsternannten Atheisten“ veröffentlichten und ihren Tod forderten, gab die Regierung diesem Druck nach und berief ein Komitee. Am 1. April 2013 wurden drei Internet-Blogger – der junge Hindu Subrata Adhikari Shuvo, Nashiur Rahman Biplob und Rasel Parvez – verhaftet. Angeblich sollten sie mit ihren Einträgen religiöse Gefühle verletzt haben. Kurz darauf wurde auch Asif Mohiuddin, noch gar nicht genesen von der Messerattacke, festgenommen. Etwa 120 Blogs wurden von den Behörden gelöscht. Wenige Tage später verhaftete die Polizei auch Mahmudur Rahman, den Herausgeber von *Amar Desh*. Die bengalisch-sprachige Zeitung hatte sich in teilweise recht militanter Form gegen Shabhag gestellt. Doch vor allem hat Mahmudur Rahman immer wieder die regierende *Awami League* kritisiert. Im Dezember 2012 veröffentlichte er den Mitschnitt eines Gesprächs, das der in Brüssel lebende Rechtsanwalt Ahmed Ziauddin mit dem Vorsitzenden Richter des Kriegsverbrechertribunals geführt hat, der deshalb anschließend zurücktreten musste.

Menschenrechtsverletzungen bleiben ungesühnt

Nach dem 10. Mai 2013 kamen die Blogger auf Kautionsfrei, zuletzt Asif Mohiuddin. Er durfte auf Einladung von *Amnesty International* sogar das Land verlassen. Trotzdem besteht die Anklage gegen die vier Blogger weiter. Die Forderung der *Hefazat-e-Islami*



nach einen Blasphemie-Gesetz, von der sich die Regierung nur sehr zurückhaltend distanziert, lässt für die Zukunft nichts Gutes erwarten.

Die anhaltende Spaltung der Medien führt dazu, dass über Menschenrechtsverletzungen vielfach nur dann berichtet wird, wenn sie die eigene Seite betreffen. Hinzu kommt eine Spaltung zwischen den Hauptstadtmedien und den Journalisten in der sogenannten Provinz. Letztere sind noch sehr viel mehr dem Druck und den Repressionen der örtlichen Machthaber und ihrer Banden ausgeliefert, wenn sie zum Beispiel über Fälle von Korruption und Machtmissbrauch berichten. Zudem ist der Verdienst sehr viel geringer als in der Hauptstadt. Das macht einige anfällig, sich auf illegale Weise zusätzlich Geld zu verschaffen. Es kommt vor, dass ein Journalist Menschen mit der Androhung einer Veröffentlichung erpresst. Dadurch verschlechtert sich naturgemäß der Ruf der Journalisten.

Trotzdem berichtet das Gros der Provinzjournalisten engagiert und fair und hat es nicht verdient, von den Kollegen in Dhaka missachtet zu werden.

Zum Autor

Bernhard Hertlein ist Journalist bei der in Bielefeld erscheinenden Tageszeitung „Westfalen-Blatt“ und ehrenamtlicher Sprecher der Bangladesch-Ländergruppe von *Amnesty International*.